

# BLICKPUNKT

DKP

Infopost der Deutschen Kommunistischen Partei Flensburg

## Sofortprogramm der DKP

### Stoppt sozialen Kahlschlag und Abbau demokratischer Rechte!

In unserem Land wird Krieg nach innen geführt. Die Ergebnisse sind Armut und Umverteilung zu Gunsten der Reichen, der Konzerne und Banken. Die Waffen sind Arbeitslosigkeit, das Hartz-System, Leiharbeit, Werkverträge, Wohnungsknappheit, Verschuldung der Kommunen und Privatisierung.

Wir brauchen den gemeinsamen Kampf für soziale Rechte und gegen die zerstörerische Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt. Arbeit ist genug da. Wir brauchen mehr Beschäftigte in Kindergärten, Schulen, Jugendzentren und im Gesundheitswesen und der Altenpflege. Schulen, Jugendzentren, Krankenhäuser und Wohnungen müssen instandgesetzt und neugebaut werden. Der öffentliche Nahverkehr muss ausgebaut werden. Privatisierungen müssen rückgängig gemacht werden.

Altersarmut und Arm trotz Arbeit - das muss aufhören! Wir fordern das Verbot von Leiharbeit und Werkverträgen, einen Mindestlohn von sofort 12 Euro, die Abschaffung der zeitlichen Begrenzung des Arbeitslosengelds (ALG 1), die sofortige Erhöhung des Rentenniveaus auf 53 Prozent und die Abschaffung des Hartz-Systems. Immer mehr Menschen haben keine Arbeit oder werden in Minijobs und prekäre Beschäftigung gedrängt. Diejenigen, die noch im sogenannten Normalarbeitsverhältnis stehen, werden gezwungen immer länger zu ar-

beiten und häufen Überstunden ohne Ende an. Das Renteneintrittsalter wird hoch gesetzt. Wir brauchen die Verkürzung der Lebens- und der allgemeinen Wochenarbeitszeit. Wir brauchen die Verkürzung auf 30 Stunden in der Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Dafür brauchen wir erfolgreiche Kämpfe um Arbeitszeitverkürzung, um damit eine Bewegung für die gesetzliche Verankerung der 35-Stunden-Woche anzustoßen.

### Geld ist genug da - es muss umverteilt werden!

Das alles ist machbar. Geld ist genug da. Es fließt in die Rüstung. In diesem Jahr beträgt der Rüstungshaushalt offiziell fast 35 Milliarden Euro. Kriegsministerin von der Leyen will in den kommenden 14 Jahren zusätzlich

130 Milliarden Euro für die „Modernisierung“ der Bundeswehr ausgeben. Die Rüstungsindustrie exportierte 2015 laut Wirtschaftsministerium Waffen im Wert von 12,81 Milliarden Euro.

Geld ist genug da. Es wird spekulativ gehortet von Reichen und Superreichen. In Deutschland leben 123 Milliarden und mehr als eine Million Mil-

lionäre. Sie besitzen ein Vermögen von 2,4 Billionen Euro. Dieses Geld muss umverteilt werden.

### Wir lassen uns nicht spalten!

In einer Situation, in der immer mehr Menschen berechnete Angst vor dem sozialen Abstieg haben, wird Hass gegen Flüchtlinge geschürt. Die Botschaft der Bundesregierung lautet: Ihr müsst den Gürtel enger schnallen und verzichten. Denn die Mehrkosten für die Flüchtlinge werden vor allem aus den Etats für Arbeit, Bildung und Soziales bezahlt. Fast nebenbei hat die große Koalition die Diskussion über den angeblich nicht zu bewältigenden Ansturm von Flüchtlingen genutzt, um das Asylrecht zu verschärfen. Kriegsgebiete werden zu sicheren Herkunftsländern erklärt, der Familiennachzug ist nahezu unmöglich geworden, Sammelabschiebungen stehen auf der Tagesordnung. Die Bundesregierung schürt damit eine fremdenfeindliche und nationalistische Stimmung im Land, die sich in fast täglichen Übergriffen auf Flüchtlinge und ihre Unterkünfte und Wahlerfolge der „Alternative für Deutschland“ niederschlägt.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte Ende 2015 die Grenzen für Geflüchtete geöffnet und sich als Helferin der Armen feiern lassen. Ihre Politik war allerdings keinesfalls im Interesse der Menschen, die gezwungen sind ihre Heimat zu verlassen, sondern im Interesse der Banken und Konzerne.

Den deutschen Unternehmen kommt der Zuwachs an Arbeitskräften wie gerufen. Sie sparen Ausbildungskosten, bekommen billige Arbeitskräfte und verschärfen die Konkurrenz. Es ist eine alte Methode, die ArbeiterInnen gegeneinander auszuspielen. Nach der Entrechtung von Erwerbslosen durch die Agenda 2010 und das



Hartz-System werden nun die Flüchtlinge als Lohndrücker missbraucht. Der lächerlich geringe Mindestlohn soll gekippt und Tarifforderungen mit dem Hinweis auf die Kosten für Flüchtlinge abgewehrt werden. Die Ausbeutung der gesamten Arbeiterklasse wird weiter vorangetrieben.

Auch Immobilienbesitzer und -spekulanten profitieren von den Flüchtlingen. Längst und unabhängig von den Flüchtlingen haben wir es in Großstädten mit Wohnungsnot zu tun. Der soziale Wohnungsbau wurde eingestellt, weil er zu wenig Profite bringt. Gebaut und schnell verdient wird im Luxussegment. Natürlich verschärft neuer Bedarf jetzt die Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt. Weil am Privateigentum nicht gerüttelt wird, stehen Gebäude dauerhaft leer, die kurzfristig der Bekämpfung der Wohnungsnot dienen könnten. Das Unterbringen von Flüchtlingen - nur wenige in Wohnungen, viele in Turnhallen oder Zelten - wird auf die Kommunen und damit auf die Bürgerinnen und Bürger abgewälzt.

Die deutsche Exportwirtschaft profitiert von offenen Grenzen für Waren und Dienstleistungen. Das sind die wahren Gründe für die „offenen Grenzen“ von Angela Merkel.

Die Ängste vieler Menschen vor Arbeitsplatz- oder Wohnungsverlust, vor sozialem Abstieg sind real. Verursacher sind aber eben nicht Flüchtlinge, die zu uns kommen, sondern Banken und Konzerne und die in ihren Diensten stehende Bundesregierung. Wir lassen uns nicht spalten!

### **Krieg ist Fluchtursache Nummer 1**

Unser Land führt Krieg nach außen. Gezielt lenkt die Bundesregierung davon ab, dass Kriege die Fluchtursache Nummer 1 sind. Kriege, die die Politiker von CDU/CSU, SPD und Grünen regelmäßig ermöglichen und damit den Banken und Konzernen ihre Profite sichern.

Afghanistan, Syrien, Libyen, Mali - Kriege, wohin man blickt. Die deutsche Bundeswehr ist in aller Regel und zum Teil führend dabei. Deutschland ist seit der Beteiligung am NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien 1999 in permanentem Kriegseinsatz.

Millionen Menschen ermordet, verstümmelt, ihre Lebensgrundlagen zerstört, auf der Flucht. Doch die Kriegsgefahr wächst weiter. Der Hauptaggressor sind die USA und das von ihr geführte Kriegsbündnis NATO, in dem auch Deutschland seine Rolle spielt. Der Imperialismus rückt auf Russland und China vor, will sie einkreisen, um seine Vorherrschaft zu wahren. Damit wächst die Gefahr der Eskalation zum Flächenbrand bis hin zum Atomkrieg. Denen, die die Kriege führen und an ihnen verdienen, geht es nicht um die Menschen, um ihre Rechte und ihre Freiheit. Es geht um Ressourcen und Rohstoffe, um Transportwege, Einflussosphären und Stützpunkte.

An Kriegen, Umweltkatastrophen, Zerstörung der Lebensgrundlagen verdienen Banken, Rüstungs- und Großkonzerne. Sie nehmen humanitäre Katastrophen und die Zerstörung der Umwelt in Kauf, weil ihnen Profite zum Beispiel durch Rüstungsexporte wichtiger sind. All das zwingt Menschen zur Flucht.

Wer sich mit Flüchtlingen solidarisiert, ihnen helfen will und sich den Rassistinnen in den Weg stellt, muss auch NEIN sagen zum Krieg, muss Aufstehen gegen Militarisierung und Krieg!

### **Schluss mit Ausbeutung und Krieg! Gemeinsam kämpfen!**

Die Verursacher und Profiteure von Arbeitslosigkeit, Ausbeutung und Armut in diesem Land, von Krieg und Zerstörung in fremden Ländern und von Flucht sind die Banken und Konzerne und die ihnen dienenden Regierungsparteien. Sie stehen auf der einen Seite der Barrikade. Ihnen gegen-

über stehen die Ausgebeuteten - egal welcher Herkunft.

Die Umverteilung von oben nach unten muss erkämpft werden. Freiwillig werden die Reichen, die Banken und (Rüstungs-) Konzerne nichts hergeben. Wir brauchen eine starke und kämpferische Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, die Kolleginnen und Kollegen in den Kampf um ihre Rechte führt.

Die Kriege in Afghanistan und Syrien, die Kriegseinsätze der Bundeswehr müssen beendet werden. Wir fordern die Auflösung der Bundeswehr und der NATO. Deutschland muss raus aus der NATO.

Wir setzen uns für den Abzug der US-Atomwaffen, Flugzeuge und Drohnen von deutschem Boden und die Schließung der US- und NATO-Basen ein. Wir kämpfen gegen Rüstungsexporte, Rüstungsausgaben und Rüstungsproduktion. Die Umwandlung von Rüstungsproduktion in zivile Produktion ist möglich und sichert Arbeitsplätze. Wir sagen Nein zum Bundeswehrein-satz im Inneren.

Freiwillig werden die Kriegstreiber auf der Jagd nach Rohstoffen, Absatzmärkten und Einflussosphären nicht nachlassen. Wir brauchen eine starke Friedensbewegung, und darin eine aktive Arbeiterbewegung, die den Kriegstreibern in den Arm fällt.

Der Kampf gegen Ausbeutung und Krieg, das geht nur gemeinsam: In gemeinsamen Kämpfen von GewerkschafterInnen, ArbeiterInnen, Angestellten, Erwerbslosen, RentnerInnen, Auszubildenden, Studierenden, SchülerInnen, MigrantInnen und Geflüchteten! Uns interessieren nicht Hautfarbe und Herkunft, uns interessiert die Zugehörigkeit zur Klasse.

*Geben wir uns „5“  
Sofortprogramm der DKP (gekürzt)  
vollständig unter: [news.dkp.de](http://news.dkp.de)*

## **DKP Schleswig-Holstein wählt Landesliste zur Bundestagswahl**

Die DKP Schleswig-Holstein hat am 24. September 2016, in Neumünster ihre Landesliste für die Bundestagswahl 2017 gewählt. Die fünfköpfige Liste wird von Birgit und Fritz Gentzsch aus Bargteheide im Kreis Stormarn angeführt. Mit Kirsten Kaste-lik aus Lübeck kandidiert auch eine Parteilose auf der Landesliste, die vor allem in der antifaschistischen und Friedensbewegung bekannt und aktiv

ist. Mit unter anderem den Tornado-„Aufklärungs“-einsätzen aus Jagel, den „Patriot“-Flugabwehrraketen, die aus Lübeck-Travemünde verschifft werden, den zahlreichen Rüstungsproduktionsstätten und Militärstandorten in Schleswig-Holstein wird die Friedenspolitik unter dem Motto „Krieg und Flucht beginnt hier“ eine zentrale Rolle im Wahlkampf einnehmen. Auf ihrem 21. Parteitag hatte die DKP

beschlossen, flächendeckend mit Landeslisten zur Bundestagswahl anzutreten. Schleswig-Holstein ist der erste DKP-Bezirk, der eine Landesliste aufgestellt hat. Der Antritt war sehr umstritten. 23 anwesende Mitglieder sprachen sich auf der Wahlversammlung für das Aufstellen der Liste aus, 16 waren dagegen. Zwei Mitglieder enthielten sich der Stimme.

# Atomwaffenlager Jagel?

**Am Tornado- und Drohnen-Standort Jagel, finden regelmäßig antimilitaristische Kundgebungen und Mahnwachen der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen statt. Die nächste am Samstag, den 29. Oktober 2016, wieder um „Drei vor Zwölf“.**

Im Jahre 2009/2010 hatte der inzwischen verstorbene Bundesaußenminister Westerwelle verlangt, daß die letzten verbliebenen Atomwaffen aus der Bundesrepublik Deutschland abgezogen werden. Im Koalitionsvertrag der Unionsparteien und der FDP sagte die Bundesregierung 2009 den Abzug der Atomwaffen aus Deutschland zu. Zu dem Zeitpunkt gingen alle davon aus, dass es nur noch an einem deutschen Standort, Büchel, Atomwaffen gibt, etwa 20 Stück. Bundeskanzlerin Merkel bestand jedoch darauf, dass die Verhandlungen über den Abzug der Raketen gemeinsam mit den anderen NATO-Ländern und keinesfalls im Alleingang durchgeführt werden sollen. Im März 2010 beschloss der Bundestag mit breiter Mehrheit, die Bundesregierung solle sich „gegenüber den amerikanischen Verbündeten mit Nachdruck für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland einsetzen.“

Im September 2015 wurde bekannt, dass die USA 20 neue amerikanische Atombomben vom Typ B61-12 in Büchel deponieren werden, welche deutlich zielgenauer sind, als die bisher dort gelagerten. Im Kriegsfall sollen deutsche Tornado-Piloten die Angriffe mit den US-Bomben fliegen. Maria Sacharowa, Sprecherin des russischen Außenministeriums, erklärte dazu: „Uns beunruhigt, dass Staaten, die eigentlich keine Atomwaffen besitzen, den Einsatz dieser Waffen üben, und zwar im Rahmen der Nato-Praxis der Nuklearen Teilhabe. Das ist eine Verletzung der Artikel 1 und 2 des Vertrages über die Nichtverbreitung von Atomwaffen.“

Deshalb fragen wir, wer seitens der Bundesregierung den Beschluss des Bundestages mißachtet hat, sich „gegenüber den amerikanischen Verbündeten mit Nachdruck für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland einsetzen,“ und statt dessen das „Abkommen über die Teilhabe an US-amerikanischen Atomwaffen durch die Bundeswehr“ mit den USA ausgehan-

delt und beschlossen, in Folge dessen es mehr Atomwaffen in Deutschland geben wird anstatt weniger?

An welchen Bundeswehrstandorten sind bereits jetzt (September 2016) Waffen mit atomarer Munition stationiert?

An welchen weiteren Bundeswehrstandorten sollen künftig weitere Waffen mit atomarer Munition gelagert werden?

An welchen Bundeswehrstandorten und in welchen Gebäuden, sind die baulichen Voraussetzungen für die Lagerung von atomarer Munition gegeben?

Wird in Jagel oder Büchel oder anderswo in Deutschland bereits jetzt der fiktive Einsatz von Atomwaffen im Rahmen der atomaren Teilhabe geübt - wann zuletzt fand solch eine Übung statt.

Wenn die Waffenausbildung der Tornado-Piloten der Bundeswehr auf dem US-amerikanischen Atomwaffenstützpunkt Holoman nicht mehr stattfindet, ab wann wird der fiktive Einsatz von Atomwaffen im Rahmen der atomaren Teilhabe in Jagel geübt oder an welchen anderen Standorten der Bundeswehr?



Wird das Training der Tornado-Piloten der Bundeswehr mit Atomwaffen stattfinden oder mit Attrappen von Atomwaffen?

Bereits während unserer Friedensfahrradtour im Juli fiel uns auf dem Gelände des Drohnen- und Tornadostandortes Jagel ein besonderes Bauwerk auf: Diese Anlage ist dreifach umzäunt und erinnert daher an das Atomwaffenlager in Meyn zwischen Schafflund und Flensburg, das in den 90er Jahren

geräumt und zurückgebaut wurde. Deja-vu, deshalb sehen wir sie uns jetzt einmal genauer an.

Das kleine Schild am Eingang war wie folgt lesbar: „Gefährlicher Betriebsteil“

Worin die Gefährlichkeit besteht, wird aus diesem Schild nicht klar, es wäre auch naiv, anzunehmen, dass die Bundeswehr schreibt: Hier sind die amerikanischen Atomwaffen gelagert, über die wir im Rahmen der nuklearen Teilhabe verfügen dürfen.

Aber die Warnschilder im Eingangsbereich legen Schlußfolgerungen nahe:

Auf dem Klingelschild steht „AMMO51“

AMMO steht für Ammunition und die Zahl 51 paßt zum Luftwaffengeschwader 51 „Immelmann“

Dass hier kein Feuer gemacht werden darf, ist sowohl für konventionelle als auch für Atomwaffen plausibel, ebenso, dass so ein Feuer nicht mit Wasser zu löschen ist.

Für die Annahme eines atomaren Waffenlagers spricht das Gebot, eine Atemschutzmaske tragen zu müssen (naja, biologische oder Chemiewaffen könnten es auch noch sein, aber die sind ja verboten).

Dass diese Anlage nur zu zweit zu betreten ist, ist sowohl für konventionelle als auch für Atomwaffen plausi-

bel. Aber das Gebot, dass diese zwei Personen nur in Ganzkörperschutzanzügen eintreten sollen, ist wieder ein Hinweis auf Atomwaffen.

Gemäß *Abkommen über die Teilhabe an US-amerikanischen Atomwaffen durch die Bundeswehr vom 15. November 2015* werden Standorte in Deutschland mit Atomwaffen ausgerüstet und Jagel steht auf dieser Liste. Ob jetzt schon Atomwaffen da sind, oder wann sie kommen sollen, ist auf den Fotos natürlich nicht sichtbar.

## Kinderarmut in Flensburg

Wer kennt sie nicht? Die langen Schlangen am Ausgabetag der Flensburger Tafel in der Waldstraße. Da stehen sie wieder und warten mit großen Taschen und Tüten auf Lebensmittel: Arme. Ansonsten sind sie kaum zu bemerken. Im Bus nicht. Auf der Straße nicht. In der Schule auch nicht. Arme Flensburgerinnen und Flensburger setzen alles dran, ihren Status nicht allzu offensichtlich werden zu lassen. Dabei werden es immer mehr. „Die Zahl der Kinder im Norden, die in Hartz-IV-Haushalten aufwachsen, steigt. Ende 2015 waren es mehr als 60.000 unter 15 Jahren. Zwei Jahre zuvor waren es noch 58.925. Ausgehend von Bevölkerungszahlen des Statistikamtes Nord wächst damit im Land fast jedes sechste Kind, das jünger als 15 Jahre ist, mit Arbeitslosengeld II auf“, schrieb das „Tageblatt“ zu Beginn dieses Jahres. Hartz IV ist inzwischen zum Wort geworden, mit dem man Armut umschreibt. Perfiderweise war das Ganze als soziales Förderprogramm gestartet, das die Armen bessere Teilhabechancen eröffnen sollte. Inzwischen sind die Leistungen im Rahmen der Hartz-Reformen genau das, was früher die Sozialhilfe war: Armenpflege. Die Behörden übernehmen die Aufgabe, die Armen zu versorgen und dabei gleichzeitig dafür einzutreten, dass deren Ansprüche nicht überhand nehmen.

Ein Ende des Zuwachses an HartzIV-Familien ist nicht absehbar. Das liegt zum einen an den Migranten. Viele Kinder aus Flüchtlingsfamilien bekommen keine Chance, hier in Deutschland anzukommen. Das faktische Beschäftigungsverbot ihrer Eltern ist ein Grund dafür. Sie müssen hinten anstehen. Zum anderen wird gerade der Arbeitsmarkt umgekrepelt: Leihfirmen wuchern in Deutschland wie eine böse Krankheit. In den letzten zehn Jahren wuchs die Zahl der Leiharbeiter um 129%, wie im letzten Jahr aus einer Anfrage der Links-Fraktion im Bundestag hervorgeht. Die Leiharbeitsfirmen streichen einen Teil des Lohnes ein. Das, was übrig bleibt, reicht für die Kollegin oder den Kollegen nicht. Nicht zum Leben und nicht im Alter, so dass eine lebenslange Abhängigkeit von behördlicher Willkür garantiert ist. In Flensburg inzwischen eine traurige Realität: Leiharbeitsverhältnisse an selben Arbeitsplatz über mehrere

Jahre. Das ist staatlich subventionierter Billiglohn, der vollerwerbstätige Männer und Frauen zu Armen macht.

Und so wächst auch die Kinderarmut weiter. Sie ist wirklich schlimm. Die armen Kinder! Ohne Frühstück in die Schule. Das Schulmittagessen in vielen Familien manchmal die einzige warme und gesunde Mahlzeit des Tages. Die armen Armen! Die Kinder werden zu Opfern. Genau hier liegt der Hase im Pfeffer. Tatsächlich sind sie Opfer einer schlechten Politik. Dargestellt werden sie allerdings als Opfer ihrer unfähigen Eltern, die ihre Kinder ohne gesunde Vitamine in den Tag schicken. Die Eltern werden somit als defizitär, unsozial und letztlich als dumm dargestellt. Immer wieder stehen die vorgeblichen Defizite der Armen im Vordergrund. Diese Familien werden konsequenterweise „sozial schwache“ Familie genannt; also defizitär in Beziehung zur Gesellschaft. Dabei ist das Gegenteil der Fall: der soziale Antriebe und die soziale Organisationsfähigkeit dieser Familien sind mittlerweile zumindest in der Fachwelt unbestritten. Wer kaum Ressourcen hat, muss sich in einem stabilen Netzwerk welche organisieren. Das machen Hartz IV Familien jeden Tag und zwar auf sehr einfallsreiche Art und Weise und sind sozial stark verankert. Sie dringen damit aber nicht auf die Veröffentlichungsebene. Dort zählen die Armen als Verursacher ihrer eigenen Situation nach dem Motto: Wären sie nicht so sozial schwach, könnten sie auch besser leben.

Das ist die Verkehrung der tatsächlich herrschenden Verhältnisse. Die Armen sind nicht arm aufgrund ihrer sozialen Unfähigkeit, sondern werden arm gemacht. Es fehlt an existenzsichernden Beschäftigungsverhältnissen mit einem Einkommen, die auch den Fährnissen des Lebens, wie Krankheit und Behinderung, trotzt. Das ist allerdings kein Zufall. Die Angst der Mittelschicht, in die Armutfalle zu geraten, ist schließlich die Triebfeder immer neuer Zwangspolitik.

„Wer den Reichen nichts nimmt, kann den Armen nichts geben“ plakatierte die DKP bereits zur Bundestagswahl im Jahr 2005. Es bedarf der Umwälzung der herrschenden Verhältnisse in unseren reichen Land, damit (Kinder)Armut nicht mehr entstehen kann.



**- unsere zeit -**  
Wochenzeitung der DKP



Jetzt 4 Wochen kostenlos probieren!

Einfach E-Mail mit Name und Adresse an:  
info@unsere-zeit.de · Tel.: 0201 - 17 78 89 23 · www.dkp.de

## Themenabend

**DKP und SDAJ  
laden ein**

**Krieg heißt Flucht!**

**Zusammenhänge und  
Profiteure am Beispiel  
Afghanistan!**

**Diskussionsveranstaltung  
Do., 10. November 2016  
19.00 Uhr  
Kulturcafé Tableau**

**DKP lädt ein:**

**Mitgliederversammlung**  
z. Donnerstag, 12. Januar, 18 Uhr  
Kulturcafé Tableau  
Kurze Str. 1, Flensburg

**BLICKPUNKT**  
DKP

Infopost der Deutschen Kommunistischen Partei Flensburg

Herausgeber: DKP Flensburg  
Postfach 1401, 24904 Flensburg  
dkp.flensburg@versanet.de

Erscheinungsweise: vierteljährlich  
Redaktion: Ludwig Hecker (ViSdP)  
Druck: Eigendruck

BLICKPUNKT  
liegt regelmäßig aus in der

OSSIETZKY-BUCHHANDLUNG  
TABLEAU-KULTURCAFÉ  
HAFERMARKT | KONTRASTE  
KAFFEEHAUS | VIVA  
GRISOU | CAFÉ CENTRAL  
PORTICUS | FEUERSTEIN  
VOLKSBAD